



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Nochmals der Bund der Landwirte. Der Verfasser des Aufsatzes „Der Bund der Landwirte“ im vorigen Hefte der Grenzboten hat offenbar nicht viel Zutrauen zu der Sache. Ja er scheint der Ansicht zu sein, daß der Landwirtschaft überhaupt nicht zu helfen sei, wenn man auf der „Diagonale der Kräfte“ bleiben, eine chinesische Zollmauer vermeiden, das Freizügigkeitsgesetz unangetastet lassen wolle. Die Notlage der Landwirtschaft erkennt er an. Er verhehlt sich nicht, daß der Landwirtschaft wichtige Einnahmen durch das Eingehen des Baues der Ölfrüchte und der Wollzucht verloren gegangen seien, daß sie durch Spiritus- und Zuckerzölle schwer belastet werde, daß der Riese „Konkurrenz“ seine gewaltige Faust auch auf die Landwirtschaft gelegt habe, und daß durch diesen sich von Jahr zu Jahr steigenden Druck schon mancher zerquetscht worden sei. Allerdings habe sich auch Faulheit, Unwissenheit und Verschwendung bei selbstverschuldetem Untergange bisweilen mit der Konkurrenz entschuldigen wollen. Nur die Starken, Klugen und Sparsamen hielten noch Stand, aber auch sie fühlten ein Unbehagen, das sie nicht zum ruhigen Gemusse des Lebens kommen lasse. Nun, wenn das so ist, dann ist es allerdings hohe Zeit, die Landwirtschaft vor dem Untergange zu schützen. Denn sie darf nicht untergehen, sie darf nicht durch eine Ackerindustrie ersetzt werden. Die Lage ist in der That so, daß nur die Starken noch den gegenwärtigen Druck aushalten. Der Landwirt, der bei geringerem Boden und hohen Produktionskosten arbeiten muß, oder dessen Besitz durch Schulden belastet ist, geht unmittelbar dem Untergange entgegen. Der Zentner Weizen 7 Mark und der Zentner Roggen 6 Mark, das sind Preise, die nicht einmal die Produktionskosten decken. Deutschland lebt bei solchen Preisen von seinem Kapital. Was die Landwirte verlangen, ist nichts andres, als Schutz vor der erdrückenden Konkurrenz durch eine nicht chinesischere Mauer, als die ist, die sich das freie Amerika gestattet. Statt dessen taucht die begründete Furcht auf, daß auch der Kornzoll an der russischen Grenze fallen werde. Der Verfasser deutet an, der Kampf für die Ausschließung des russischen Getreides sei ein Kampf gegen Windmühlen, da das russische Korn doch über Galizien oder die Niederlande ins Land ströme. Ist dies der Fall, dann haben die Landwirte begründete Veranlassung, den Reichsboten und besonders den Landwirten unter ihnen wegen ihrer Kurzsichtigkeit schwere Vorwürfe zu machen. Bismarck sagte: Der österreichische Handelsvertrag war ein schwerer Fehler. Das lernt man jetzt einsehen.

Aber wir wollen hier nicht die wirtschaftliche, wir wollen die politische Seite der gegenwärtigen agrarischen Bewegung beleuchten. Der Verfasser des Aufsatzes im vorigen Hefte scheint doch den Ernst der Bewegung zu unterschätzen.

Noch nie hat eine einfache Vereinsbildung ein solches Aufsehen erregt, wie die des Bundes der Landwirte. Jedermann fühlte, daß diese Versammlung keine künstlich gemachte Sache sei, sondern die Erhebung von Leuten, die unter dem Zwange der Not handelten. Der deutsche Michel, dem die schlechte Behandlung, die man ihm so lange hat angedeihen lassen, endlich durch sein dickes Fell gedrungen ist, hat sich gerührt. Wenn sich aber der deutsche Michel anfängt zu rühren, so giebt das eine „elementarere“ Bewegung, als die Preisbildung des Weltmarktes ist.

Das Ereignis war auch von großer politischer Bedeutung. Es warf seinen Schatten vor sich her bis in den Reichstag. Graf Caprivi hat gleichsam die Ouverture zu dem Stück geredet, eine Leistung, die in allen den Kreisen, die sonst die Stütze der Regierung zu sein pflegten, Befremdung und tiefes Bedauern hervorgerufen hat. Die Rede Caprivis ließ erkennen, daß dieser Staatsmann einen Korring vor sich zu haben glaubte, dem gegenüber er die Aufgabe habe, zu Gunsten der Nichtbesitzer, zu Gunsten des Zehrstandes, zu dem von jeher das Heer und das Beamtentum gehört, die ausgleichende Gerechtigkeit wirken zu lassen. Daß es sich um die Existenz eines wichtigen Teiles des Volks, um den Schutz der Grundlagen des Staates, ja seiner eignen Politik handle, schien er nicht zu erkennen. Graf Caprivi sagte: „Ich muß gestehen, daß ich kein Agrarier bin. Ich besitze kein Acker, keinen Strohalm und weiß nicht, wie ich dazu kommen sollte, ein Agrarier zu werden.“ Hierzu bemerkte die Post vom 21. Februar: Diesem Bekenntnis hätte der Redner zufügen können: „Ich besitze nur meinen Säbel und bin durch und durch Soldat. Ich weiß nicht, wie ich dazu kommen sollte, etwas andres zu werden.“ Die Lage hätte dadurch bedeutend an Klarheit und Bestimmtheit gewonnen.

Es dürfte noch nicht dagewesen sein, daß dem ersten Beamten des Reichs von konservativer — und zwar nicht extrem-konservativer Seite aus — das gesagt worden ist, was die Post dem Grafen Caprivi gesagt hat. Sie steht aber keineswegs allein, die gesamte konservative Presse wendet sich mehr oder weniger verhüllt gegen den Reichskanzler. Und die Hamburger Nachrichten werfen die Frage auf, ob Caprivi noch konservativ sei. Daß er es früher gewesen sei, stehe fest, aber gegenwärtig würden seine Ausführungen nur noch von dem lebhaftesten Beifall der Linken begleitet.

Es ist aufs tiefste zu bedauern, daß unsre innere Politik auf solche Wege geraten ist. Die Folgen werden nicht auf sich warten lassen. Nachdem sich die Aussichten für die Militärvorlage gebessert hatten, hat sich jetzt die Lage zu ihrem Ungunsten verändert. Wenn die konservativen Parteien sich mehr und mehr bereit finden ließen, die Vorlage anzunehmen, so geschah es doch auch in der Absicht, eine Auflösung des Reichstags zu vermeiden. Jetzt ist diesen Parteien eine Auflösung beinahe wünschenswert geworden. Das Vertrauen zur Regierung ist ernstlich erschüttert. Man fängt an, die Summa zu ziehen von dem, was die letzten drei Jahre an Gutem gebracht haben, und fragt sich, ob das so weiter gehen dürfe. Das Zentrum lehnt einstweilen alles ab. Es hält sich trotz der Behauptung des Dr. Lieber, man wolle ohne Rücksicht auf etwaige Geschäfte die Vorlage objektiv prüfen, zurück, wie ein Geldverleiher, der erst im letzten Augenblicke den Beutel öffnet, um einen möglichst hohen Nutzen zu haben. Vielleicht fordert es die Staatskunst oder das Wohl des Staates, das Zugeständnis des Zentrums teuer zu bezahlen und ein schleichendes Gift als Gegengift zu nehmen, wo man doch die Krankheit hätte vermeiden können. Und die Linke verhält sich durchaus unzugänglich. Aber vielleicht wird man wieder einmal Opfer bringen „für die schönen Augen“ von Leuten, die, wenn es notthäte, dann nicht zu haben sind. Der Reichskanzler, der seiner Zeit geäußert hat, wenn er von der Linken Beifall erhalte, so glaube er, nicht auf rechtem Wege zu sein, bereitet sich durch seine Reden täglich den Beifall der Linken, der Partei mit der geschlossenen Hand, während der Teil der Bevölkerung, der für Kaiser und Reich mit Gut und Blut einzutreten und für die Wehrhaftigkeit Opfer zu bringen erklärt, schlecht behandelt und in eine Lage gebracht wird, die zum erbittertesten Widerstande führen muß.

Wenn trotz alledem die Militärvorlage durchgeht, so wird es der Reichskanzler nicht seiner Staatskunst, sondern dem Patriotismus der konservativen Parteien und dem Zwange der Not zu danken haben.

Die Bewegung der Landwirte befindet sich erst in ihrem Anfange. Sie hat naturgemäß in den Gegenden begonnen, wo die Landwirtschaft unter dem härtesten Drucke steht, aber sie wird sich unzweifelhaft weiter verbreiten; es bedarf nur eines Rufes, um auch die Landwirte auf die Beine zu bringen, die noch etwas zuzufügen haben. Sie wird auch nicht innerhalb der ackerbautreibenden Bevölkerung stehen bleiben, sondern mehr oder weniger alle produzierenden Stände ergreifen. Sie wird sich schwerlich gegen den Ackerbauminister wenden, der achselzuckend erklärt, die Landwirtschaft müsse es eben tragen, und über den man längst zur Tagesordnung übergegangen ist, sondern gegen den Reichskanzler, der bei seinem Amtsantritt erklärt hat, die Landwirtschaft werde nicht länger geschützt werden, der selbst leider gar kein Landwirt ist, und der auch jetzt noch kein zutreffendes Urteil von der Lage der Sache hat; sie wird sich gegen die Regierung wenden, die die Landwirtschaft durch eine Reihe von Maßnahmen, durch ihren Widerstand in der Währungsfrage, durch die Alters- und Invalidenversicherung, die Handelsverträge, die Öffnung der Grenze für Vieh, Fleisch und Seuchen, die Zuckersteuer schwer belastet und geschädigt hat, und die sich anschickt, durch die Branntweinsteuer und Brausteuer und den in Aussicht stehenden Handelsvertrag mit Rußland und Rumänien den Druck bis zur Unerträglichkeit zu steigern. Denn das steht außer Zweifel, die Kosten dieser Verträge hat ausschließlich die Landwirtschaft zu tragen.

Der Bund der Landwirte will nicht demonstrieren oder petitioniren, sondern für bessere Wahlen sorgen. Und das ist klug. Er will sich die Abgeordneten darauf ansehen, ob von ihnen eine Vertretung landwirtschaftlicher Interessen zu erwarten ist. Unzweifelhaft kann die ländliche Bevölkerung einen großen Einfluß auf die Wahlen ausüben, wenn sie ihre Kraft erkannt hat, und wenn sie sie anwendet. Natürlich hat man versucht und wird weiter versuchen, diese Kraft politischen Parteien nutzbar zu machen. Die Landwirte aber haben erklärt, sich keiner Partei anschließen, vielmehr ihre Lebensfrage den politischen Fragen voranstellen zu wollen. Sie stehen darin übrigens nicht allein. Die Neigung, ein nicht politisches, kirchliches oder wirtschaftliches Interesse den politischen Interessen voranzustellen, findet man auch beim Zentrum und bei den Antisemiten. Wir erblicken hierin ein Zeichen für die beginnende Auflösung der politischen Parteien und ihre Ersetzung durch Interessengemeinschaften. Die Entwicklung greift zurück in die Zeit vor 1848 mit ihren Ständevertretungen, die im Grunde Interessenvertretungen waren. Obwohl es nun keineswegs ein gesunder Fortschritt sein würde, wenn an die Stelle des allgemeinen Nutzens der Nutzen einzelner Bevölkerungsschichten gestellt würde, so ist doch auch kein Grund vorhanden, den zerfallenden politischen Parteien Thränen nachzuweinen. Unser politisches Parteiwesen ist alt geworden. Man hat sich zu lange gewöhnt, die Dinge durch die Parteibrille anzusehen, und dabei das Verständnis für das wirkliche Aussehen und den wirklichen Wert der Dinge verloren. Die Parteiwagen schleppen an den Rädern zu viel von dem Boden des Weges mit sich, auf dem sie gekommen sind. Daß ein Parteiführer durch einen andern ersetzt wird, daß ein Punkt eines Parteiprogramms dazugethan oder gestrichen wird, wird nicht viel helfen. Nachgerade sieht man ein, daß der Inbegriff der Seligkeit nicht in Verfassungsparagraphen, Schlagworten und Gerechtfamen liegt. Am Ende gehen die Brotfragen den Staatsfragen vor. Die Welt ist enger geworden. Enger als zuvor stoßen sich die Dinge im Raume. Der Gegensatz, der sich bildet, liegt

weniger in der Meinung über die beste der Staatsformen, als in dem Widerstreit der Interessen der produzierenden und der konsumierenden Bevölkerung.

Das Unternehmen des Bundes der Landwirte bewegt sich parallel dem der antisemitischen Bewegung. Die Antisemiten glauben sicher nicht, daß alles gut und schön in der Welt sein würde, wenn es gelingen sollte, alle Juden nach Palästina oder auf den Mond zu bringen; aber sie bezeichnen den Juden als den Feind, weil er der Träger und Förderer eines Verfahrens ist, bei dem der Produzent durch den Konsumenten ruiniert wird. Ebenso wendet sich die Landwirtschaft nicht gegen den Konsumenten an sich — für den arbeitet er ja —, sondern gegen den Juden, womit nicht bloß der jüdische Mann gemeint ist, sondern das Verfahren, worin der Jude Meister ist, bei dem dem Produzenten das Brot genommen und dem Konsumenten — nicht gegeben wird. Das Barometer der Judenschaft, die jüdische Presse, das mit Halleluja anfängt und mit Kreuzige endigt, steht gegenwärtig auf „Spott und Hohn.“ Die Presse weist auf die kraftstrotzenden Gestalten der Landwirte, denen man keine Not ansehe. Gott sei Dank, daß wir noch solche Leute haben. Die eben muß sich der Staat erhalten, damit erhält er sich selbst. Wenn es so weiter geht, wie man es jetzt treiben möchte, wenn wir erst krummbeinige Landwirte haben, dann freilich wird eine Versammlung der Landwirte einen weniger imposanten Eindruck machen. Dann wird aber natürlich, was man heute als Raubrittertum bezeichnet, auf allen Gassen gepredigt werden, daß der Staat die heilige Pflicht habe, die Landwirtschaft und den Besitz der „Edelsten der Nation“ zu schützen.

Die Gründung des Bundes der Landwirte ist an sich von keiner großen Bedeutung. Sie wird von einem Führer der Bewegung weit überschätzt, ja verkannt, wenn er meinte, die Sache müsse so eingerichtet werden, daß man in Berlin nur auf den Knopf zu drücken brauche, um die Landwirte mobil zu machen. Gelänge das, dann wäre es eine künstlich gemachte Sache, ein wohlorganisierter Ring. Bismarck hat einmal gesagt, es sei sehr schwer, den Bauer auf die Beine zu bringen, und das ist auch richtig. Daß diese so schwer zu bewegende Bauerschaft jetzt auffpringt wie ein Mann, giebt der Sache ihre Bedeutung und läßt erkennen, daß es der Bauerschaft unterm Sitze brennt. Daß die Landwirte nicht als politische Partei, sondern als selbständige politische Macht auftreten, das ist das bedeutende an der Bewegung.

Die Konkurrenz der Offiziere a. D. Schon seit längerer Zeit taucht in deutschen Zeitungen ab und zu eine Anzeige auf, überschrieben: „Warenhaus für Armee und Marine — Deutscher Offizierverein“ (dann folgt genaue Adresse), durch die bekannt gemacht wird, daß diese Genossenschaft „Behörden, Großgrund- und Fabrikbesitzern, Großkaufleuten u. s. w. Offiziere a. D., im Verwaltungsdienst und [in der] Buchführung vorgebildet (!), zu Vertrauensposten jeglicher Art“ unentgeltlich nachweist.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Offizier a. D. das Recht hat, sich seine Staatspension durch irgend einen Nebenerwerb aufzubessern. Auch soll nicht geleugnet werden, daß der deutsche Offizier durch eine vorzügliche Schule der Charakterbildung geht, deren Einfluß sich hauptsächlich in der Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten im Heere äußern wird. Aber man darf mit gutem Grunde fragen, ob namentlich die schon in jüngern Jahren verabschiedeten Offiziere durch diese Schule mit solchem Erfolge gegangen sind, daß sie, obgleich ihnen die Fachkenntnisse bürgerlicher Berufe fehlen, bloß um ihrer Charaktereigenschaften willen

einen Vorrang vor den Beamten, Kaufleuten, Landwirten u. s. w. von Fach, die nicht vorher die Soldatenlaufbahn eingeschlagen und dann verlassen haben, beanspruchen dürfen. Aus der Anzeige des deutschen Offiziervereins klingt die Bejahung dieser Frage nicht gerade leise heraus, und sicher wird eine große Zahl von Arbeitgeberern der Annahme zuneigen, die „Vertrauensposten,“ die sie zu vergeben haben, möchten durch Offiziere a. D. besser besetzt werden können als durch „Zivilisten.“ Zwar glauben wir, daß Versuche, die man in dieser Richtung machen wird, nur in seltenen Fällen diese Annahme bestätigen werden; besonders werden gewisse Äußerungen des soldatischen Selbstgefühls bei geringern Fachleistungen das ersprießliche kollegiale Zusammenwirken des Personals eines kaufmännischen oder gewerblichen Unternehmers sicher ungünstig beeinflussen. Aber es werden doch vielfach solche Versuche gemacht und durch sie eine entsprechende Anzahl von Fachleuten aus ihren Stellungen gedrängt oder am Einrücken in derartige „Vertrauensposten“ gehindert werden.

Das ist ein volkswirtschaftlicher Nachteil von großer Bedeutung. Denn erstens wird der Offizier a. D. einen ungefähr um den Betrag seiner Staatspension niedrigeren Gehalt beanspruchen können, also die Gehalte im allgemeinen herunterschieben; zweitens wird er die aus ihren guten Stellungen gedrängten Fachleute in die Zwangslage bringen, sich fortan mit Stellungen zweiten und dritten Ranges zu begnügen, um nur überhaupt unterzukommen. Und von diesem Gedanken aus, dessen Richtigkeit man kaum wird bestreiten können, ist die Frage an alle Arbeitgeber wohl berechtigt, ob sie die Hand dazu bieten dürfen, daß ein großer Teil ihrer dienenden Berufsgenossen unverschuldeterweise aus ihrer Stellung geworfen werde durch eine sich aufdrängende Konkurrenz, der das Vorurteil, der Offizier sei unter allen Umständen der bessere Mann, die Wege ebnet hilft.

Wenn die Offiziere a. D. mit ihren Staatspensionen nicht auskommen können oder nicht unthätig bleiben wollen, so werden sie Gelegenheit genug haben, bei Staatsbehörden, in Hofämtern, bei Staatsbergwerken, Staatsseisenbahnen, auch als Schriftsteller u. s. w. Beschäftigung und Nebenverdienst zu finden. Es kann nur zu einer Verschärfung der ohnedies schon gespannten wirtschaftlichen und sozialen Zustände unsers Vaterlands führen, wenn Staatspensionäre den ungeschützten Erwerbsständen das Brot wegnehmen und die Zahl der Unzufriedenen um eine neue Klasse vermehren.

Ein angeblich Goethischer Vers. Viele unsrer Leser werden sich noch der Aufsätze erinnern, die in den Jahren 1887 bis 1889 unter der Überschrift „Tagebuchblätter eines Sonntagphilosophen“ in den Grenzboten gestanden haben. Niemand wußte damals, wer der Sonntagphilosoph war. Heute ist es kein Geheimnis mehr. Seit er selbst einige dieser Tagebuchblätter in seine „Gesammelten Aufsätze und Vorträge“ (Leipzig, 1890) aufgenommen hat, ist es bekannt, daß der Verfasser dieser schönen, tiefgehaltvollen Aufsätze Rudolf Hildebrand war, der Altmeister unsrer Germanistik, der Wörterbuchhildebrand, als der er auch in weitem Kreise wohl am bekanntesten ist.

Einer jener Aufsätze nun (Grenzboten 1887, IV. S. 80 fg.) — er ist auch in die Sammlung mit übergegangen — war überschrieben „Ein nicht anerkannter Vers von Goethe.“ Die bekannte, oft angeführte Schlusstrophe eines Gedichts aus dem Westfälischen Divan:

Und so lang du das nicht hast,  
Dieses: Stirb und werde!

Bist du nur ein trüber Gast  
Auf der dunkeln Erde

findet sich nämlich auf einem besonders eingesehten Blatte des alten Fremdenbuchs der Maffennühle bei Elgersburg unter der Überschrift „Von Goethe“ mit einer zweiten, vorausgehenden Strophe zu einem Ganzen verbunden. Diese zweite Strophe lautet:

Lange hab ich mich gesträubt,  
Endlich gab ich nach!  
Wenn der alte Mensch zerstäubt,  
Wird der neue wach!

Beide Strophen so vereinigt sind auch wiederholt — augenscheinlich nach jenem Fremdenbuche — als Goethisch zitiert worden, und der Hildebrandische Aufsatz ging nun darauf aus, auch die zweite, die in Goethes Werken fehlt, mit äußern und innern Gründen als echt Goethisch nachzuweisen.

Bald darauf erschien der Divan in der neuen Weimarer Goetheausgabe (Band 6). Aber der Herausgeber, Konrad Burdach, hatte sich nicht entschließen können, die „sonst unbekante“ Strophe mit aufzunehmen; nur in den Anmerkungen hatte er ihr ein Plätzchen gegönnt. Sie ist auch wirklich nicht von Goethe; ich habe vor kurzem zufällig den Dichter gefunden.

Der ehemalige Professor der Medizin (!) in Leipzig, Johann Christian August Heinroth († den 26. Oktober 1843), hat von 1818 bis 1827 unter dem Pseudonym Treumund Wellentreter vier Bände „Gesammelte Blätter“ herausgegeben. Dort findet sich im ersten Bande (1818), der die Poesien Heinroths enthält, Seite 143 unter andern kleinen spruchartigen Gedichten, die als „Worte religiöser Stimmung“ zusammengefaßt sind, auch der Spruch:

#### Gewinn

Lange hab ich mich gesträubt,  
Endlich geb ich nach!  
Wenn der alte Mensch zerstäubt,  
Wird der neue wach.

Sollte nicht dieser Nachweis unsern „Sonntagsphilosophen,“ der ohnehin in den grünen Hefen schon viel zu lange geschwiegen hat, wieder einmal zu einem „Tagebuchblatt“ veranlassen?  
G W

Herr Minor. In einer Ecke der „Sprachdummheiten“ hatte auch Herr Jakob Minor ein wohlverdientes Plätzchen erhalten wegen seines unsinnigen und offenbar ahnungslosen „Welcherns.“ Statt sich nun zu schämen oder mitzulachen, schrieb er „Allerhand Sprachgrobheiten, eine höfliche Entgegnung“ (zuerst in drei Nummern der Wiener Zeitung erschienen, dann in Buchform bei Cotta), worin er sich hauptsächlich mit der und welcher beschäftigt. Hierzu hatten ihm Wiener Studenten „ein Material zur Verfügung gestellt, das sich über ein Jahrhundert deutscher Prosa (1750 bis 1850) erstreckt und vollständiger ist, als was je einem andern zu Gebote stand.“ Die ganze Unmaßlichkeit dieser Behauptung ist erst jetzt klar geworden, wo er dieses Material in einer gelehrten Zeitschrift (den Beiträgen zur Geschichte der deutschen Sprache und Litteratur XVI, 477 bis 99) vorgelegt hat.

Bei einer Handvoll Schriften des angegebenen Zeitraums hat Minor die Nebensätze der ersten Bogen durchzählen lassen. Auf 3603 Nebensätze kamen 1743 Relativsätze, darunter 924 mit der, 448 mit welcher. Manche Schriftsteller bleiben

mit der unterm Durchschnitt (Windelmann in der Kunstgeschichte 1:4), andre gehn drüber hinaus (Goethe in Wilhelm Meisters Lehrjahren 7:1). Der, der ist im allgemeinen nicht beliebt, die, die noch weniger, ganz vereinzelt die die und die diesen. Dagegen sagt sogar Lessing derjenige, welcher!

Studenten pflegen mit beiden Händen zuzugreifen, wenn sie der Lehrer an seiner Arbeit teilnehmen läßt. Sie fühlen sich dadurch gehoben und gefördert. Und sie können wohl auch bei rein statistischen Arbeiten etwas lernen, erstens: daß es ohne mühsame Vorarbeiten nirgends geht, und zweitens: daß es mit dem bloßen Sitzfleisch nicht gethan ist. Herrn Minors Studenten waren in beiden Beziehungen übel genug beraten. Das stolze Material, „vollständiger, als was je einem andern zu Gebote stand,“ ist von einer kläglichen Dürftigkeit. Was sind zweitausend Relativsätze in der gesamten deutschen Prosa von 1750 bis 1850? Was will ein Duzend Schriften dieses Zeitraums zur Beurteilung einer Spracherscheinung, deren Geschichte mindestens drei Jahrhunderte weiter zurückzuverfolgen war? Und was ist eine Geschichte des deutschen Prosastils ohne Herder, ohne Goethes Werther, ohne Ludwig Tieck? Die nächsten zweitausend Relativsätze, die Minor hier gewonnen hätte, würden das Thatfachenbild ja völlig verschoben haben! Was soll uns eine so willkürliche Statistik?

Aber freilich, auch mit einem vollständigerem Material würde Herr Minor nichts rechtes anzufangen gewußt haben. Immer wieder würde sein Schluß lauten: Kein großer Schriftsteller hat das Relativum welcher ganz entbehren können, geschweige denn ich, Jakob Minor! Unser gelehrter Gegner weiß auch was von Mundarten: warum hat er nicht da zweitausend Relativsätze sammeln lassen? Den Thatbestand zu deuten, hätte er ja andern überlassen können. Aber wer bejaht, der beweise. Nur komme er uns nicht mit seinen Wiener Fiakern, am wenigsten mit dem „Vorstand-Stellvertreter der Genossenschaft“!

Herr Minor nennt seine Entgegnung höflich; eine, aus der man das geringste hätte lernen können, wäre uns lieber gewesen.



## Litteratur

Das deutsche Reich als Staat. Eine geschichtsphilosophisch-politische Studie von Dr. Ritter.  
I. Entstehung bis 1871/91. Dessau und Leipzig, Rich. Kahle.

In unsrer Zeit müster Klassen- und Interessenkämpfe ist es eine Erquickung, an der Hand eines Kundigen den Spuren der göttlichen Vernunft nachzugehen, die in dem scheinbaren Chaos politischer und sozialer Kämpfe verborgen waltend, hie und da durch ein hoffnungserregendes Gebilde ihren Zweck verrät. Dr. Ritter ist ein solcher kundiger Führer, der uns eine Fülle überraschender Einblicke in die Bedeutung und den Zusammenhang der wichtigsten Ereignisse unsrer vaterländischen Geschichte eröffnet. Ein begeisterter Apostel des Hegelschen Glaubenssatzes, daß der Staat die Wirklichkeit der sittlichen Idee sei, schließt er sein Vorwort mit einem Ausdrucke kühner Hoffnung. „Die Entwicklung der Staaten, d. h. die Geschichte [zu dieser Definition von Geschichte machen wir ein ?] mag sich ausnehmen wie eine Rennbahn, auf der viele vom Stande auslaufen, aber einer nur an das